Report

Solidarity in Times of Crisis:

Civil society experiences from Belarus and Ukraine

Workshop mit Zivilgesellchaftsaktivist:innen und -expert:innen, Wien, 26. Juni 2024

Was bedeutet es heute, für Demokratie einzustehen? 35 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs ist das Thema für ganz Europa relevant. Im Austausch mit zivilgesellschaftlichen Vertreter*innen aus Belarus und der Ukraine – auf Basis ihrer jüngsten Erfahrungen mit zivilgesellschaftlicher Solidarität gegen Repression und Krieg – zielte der Workshop darauf ab, gemeinsam Schlussfolgerungen zum Zustand der Demokratie in Europa und zur Rolle der Zivilgesellschaft bei ihrer Aufrechterhaltung zu erarbeiten.

Mit Beiträgen von Marisha Korzh (Femgroup Aktivistin im Exil, Belarus), Olga Shparaga (Philosophin im Exil, Belarus), Oleksandra Demianenko (Zivilgesellschaftsforscherin & -aktivistin, Ukraine), Volodymyr Sheyhus (Direktor, ISAR Ednannia, Ukraine)
Moderated by Daniela Mussnig (IZ)

Executive Summary

Die beteiligten Expert:innen teilten ihre Erfahrungen und Forschungen zur Organisation der Zivilgesellschaft in Belarus und der Ukraine in den letzten Jahren und zu ihrem Umgang mit den aktuellen Herausforderungen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine und der massiven Repressionen des belarussischen Regimes. Sie hoben die Rolle horizontaler Netzwerke zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen hervor, die sich weit in die Gesellschaft ausgebreitet haben. In der Ukraine trugen diese Netzwerke zur Bildung eines starken, gut organisierten und hohes Vertrauen genießenden zivilgesellschaftlichen Sektors bei. In Belarus unterstützen sie die umfassende Politisierung der Gesellschaft. Ein Faktor dabei war die Covid-Pandemie, während der zivilgesellschaftliche Solidarität die mangelnden Kapazitäten oder die Negation von Problemen durch die Behörden ersetzte. In der Ukraine haben der Krieg im Donbas sowie die Dezentralisierungsreformen eine neue Welle und neue Formen zivilgesellschaftlichen Engagements hervorgebracht. Mit der russischen Vollinvasion verwandelten sie sich in eine Bürger:innenbewegung, die breitere Teile der Gesellschaft einschließt. In Belarus wurden die Voraussetzungen für eine Massenbewegung durch die Entscheidung von 3 Frauen gelegt, sich im Präsidentschaftswahlkampf von Switlana Tichanouskaja zusammenzuschließen, worauf Proteste gegen manipulierte Wahlen folgten, an denen jede:r 5. Belaruss:in teilnahm. Diese Erfahrung – mit einer starken Basis in organisierten Nachbarschaftsgemeinschaften – hat die Gesellschaft in Belarus grundlegend und nachhaltig verändert, trotz der folgenden anhaltenden Repressionen, unter denen jegliche öffentliche Aktivität ausgeschlossen ist.

Hintergrund des Workshops

Trotz der unterschiedlichen Erfahrungen und Kontexte haben die belarussische Protestbewegung von 2020-21 gegen das Lukaschenka-Regime sowie der Umgang der ukrainischen Gesellschaft mit dem Krieg, der 2014 im Donbas begann und 2022 in der russischen Invasion gipfelte, Schlüsselelemente ziviler Solidarität hervorgebracht. Diese erscheinen für ganz Europa relevant, da sie Rückschlüsse auf die Bedeutung und Strategien der Zivilgesellschaft in Krisenzeiten zulassen.

Die belarussische Bewegung hat gezeigt, wie eine einst passive, atomisierte Gesellschaft in der Lage war, ein Netzwerk von gemeinschaftlichen Aktivitäten zu entwickeln, in dem sich die Menschen umeinander kümmern. Die Missachtung und Untätigkeit des Lukaschenka-Regimes angesichts der Covid-19-Pandemie hatte zivilgesellschaftliches Engagement und Solidaritätsaktionen zur Bewältigung der Gesundheitskrise ausgelöst. Zusammen mit anderen Initiativen – insbesondere aus der Frauenrechtsbewegung – bildete dies die Grundlage für die Unterstützung der Präsidentschaftskandidatur von Switlana Tichanouskaja und des anschließenden Widerstands gegen Wahlbetrug bei den Präsidentschaftswahlen 2020. Dieser war begleitet von einer Welle der sozialen Solidarität, die sich in der gegenseitigen Stärkung von Frauen und nachbarschaftlicher Unterstützung ausdrückte. Es wurde ein starker Gegenpol zu brutaler Repression und maskulinistischem Autoritarismus geschaffen, der, auch wenn er mit extremer Gewalt und einer anhaltenden Repressionswelle niedergeschlagen wird, als Modell für andere zivilgesellschaftliche Bewegungen dienen kann.

Nach der "Revolution der Würde", der russischen Annexion der Krim und dem Beginn des Krieges im Donbas im Jahr 2014 hat die Ukraine eine weitere beispielhafte Welle zivilgesellschaftlichen Engagements erlebt: Im Februar 2022 konnte sich eine blühende und vielfältige Zivilgesellschaft innerhalb weniger Tage auf die Bedürfnisse der ukrainischen Bevölkerung angesichts der russischen Vollinvasion einstellen. Mit ihrer außergewöhnlichen Widerstandsfähigkeit und organisatorischen Kraft hat die ukrainische Zivilgesellschaft nicht nur ein Gefühl der Handlungsfähigkeit vermittelt, sondern auch das Potenzial gezeigt, Zukunftsvisionen für eine demokratische Gesellschaft und den Wiederaufbau der Ukraine inmitten des anhaltenden Krieges zu entwickeln.[1]

In den 37 Jahren seiner Tätigkeit hat sich das IZ – Vielfalt, Dialog, Bildung bemüht, einen Beitrag zur Überwindung von Grenzen in Europa zu leisten und die zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit mit Mittel-, Ost- und Südosteuropa und dem Kaukasus unterstützt. Ziel des Workshops war es, auf diesen Aktivitäten aufzubauen, einen Raum für unsere Partner und Expertinnen und Experten zu schaffen, in dem sie ihre Erfahrungen austauschen und einen Input für die Bildungsarbeit des IZ zum Thema Demokratie und zivilgesellschaftliches Engagement geben können.

Zusammenfassung der Beiträge und Diskussion

Die **Ukraine** verfügt über einen starken, gut organisierten zivilgesellschaftlichen Sektor – mit rund 200.000 registrierten Organisationen (darunter 9.000 neue, die allein im Jahr 2023 registriert wurden). Etwa 40 % dieser zivilgesellschaftlichen Organisationen verfügen über die Kapazitäten, um effizient arbeiten zu können, während andere noch Unterstützung beim Kapazitätsaufbau benötigen. Im Jahr 2014, mit dem Beginn des Krieges im Donbass, führte eine einzigartige Situation zu einer Zunahme der zivilgesellschaftlichen Aktivitäten sowie einer neuen Ausrichtung, darunter die Unterstützung von Binnenvertriebenen, die Versorgung von verletzten Militärangehörigen und Zivilisten sowie Beiträge zum Reformprozess im Land (einschließlich Dezentralisierung, Justizreform sowie Maßnahmen zur

[1] See Civil Society Manifesto 2022 (Lugano Declaration)

Korruptionsbekämpfung).

Als im Februar 2022 die russische Vollinvasion begann, waren die Menschen orientierungslos, und die Zivilgesellschaft und Freiwillige sprangen schnell ein, um den Alltag zu organisieren (z. B. die Stromversorgung durch Generatoren), als es keinen Zugriff auf lokale Budgets gab. ISAR Ednannia begann mit der Verteilung von Nothilfegeldern an lokale Organisationen.

Das Vertrauen in zivilgesellschaftliche Organisationen im Land ist sehr hoch (höher als gegenüber der Verwaltung). Die Regierung baut auf dieses Vertrauen und braucht die Kapazitäten der zivilgesellschaftlichen Organisationen, um Dienstleistungen anbieten zu können. Eine neue Tendenz zu mehr staatlicher Kontrolle zivilgesellschaftlicher Organisationen könnte dieses Vertrauen aber auch gefährden. Vor dem Krieg agierten zivilgesellschaftliche Organisationen in ihrer eigenen Blase, heute gibt es eine horizontale Verbindung mit der breiteren Gesellschaft und eine umfassende zivilgesellschaftliche Bewegung, an der Menschen im Allgemeinen als Einwohner:innen, Freiwillige, Unterstützer:innen und Geschäftsleute beteiligt und aktiv geworden sind.

Der Grad der Zusammenarbeit zwischen Regierung und Zivilgesellschaft ist von Sektor zu Sektor unterschiedlich, wobei es gute Kooperations- und Koordinierungsstrukturen im Bereich der humanitären Hilfe und der Entwicklung sowie im sozialen Sektor gibt. In letzterem bindet ein neues Regierungsprogramm zivilgesellschaftliche Organisationen als Anbieter sozialer Dienstleistungen ein. Infolge der Dezentralisierungsreformen haben auch lokale Kommunen und zivilgesellschaftliche Organisationen begonnen, einander zuzuhören. Bemerkenswert ist, dass die ukrainischen zivilgesellschaftlichen Organisationen über gut ausgebaute Kapazitäten verfügen, um ihre eigenen Ressourcen aufzubringen: 67 % der Ressourcen stammen aus ukrainischen Quellen und nur 28 % von internationalen Geldgebern. Wie V. Sheyhus bemerkte, ist die ukrainische Zivilgesellschaft einzigartig, da sie durch den Krieg trainiert wurde: "Wir kennen den Wert von Freiheit, lokaler Demokratie und Menschenrechten."

Rückblickend betrachtet war die **Covid-Pandemie** sowohl in der Ukraine als auch in Belarus ein entscheidender Moment, der die zivilgesellschaftliche Solidarität förderte: In der Ukraine war die Verbindung zwischen Zivilgesellschaft und Behörden unterbrochen und ermöglichte die Selbstorganisation auf lokaler Ebene. In Belarus war sie der entscheidende Faktor für die Schaffung horizontaler Solidaritätsnetzwerke und die Vernetzung verschiedener Bevölkerungsgruppen. Während der Präsident und die Behörden die Pandemie negierten oder sogar verspotteten (u.a. den Menschen rieten, Wodka zu trinken und in die Sauna zu gehen), waren einige Bevölkerungsgruppen – wie medizinisches Personal oder Lehrer:innen – stark betroffen. Sie fanden Unterstützung in horizontalen Netzwerken von Menschen, die das organisierten, wozu die Regierung nicht bereit oder in der Lage war (wie z.B. die Bereitstellung von Schutzausrüstung oder Lebensmitteln für das Krankenhauspersonal).

In **Belarus** war dies eine Voraussetzung für die Massenprotestbewegung rund um die Präsidentschaftswahlen 2020. Ein weiterer Grund war die Fähigkeit der drei Frauen - Maria Kalesnikawa, Veronika Zepkalo, Swetlana Tichanouskaja - aus den Teams der abgelehnten männlichen Oppositionskandidaten, sich "innerhalb von zwei Minuten" in der Wahlplattform für Tichanouskaja zu vereinen. Mit einer Zivilgesellschaft, die aufgrund früherer Restriktionen keinen vergleichbaren Grad an Institutionalisierung wie in der Ukraine aufwies, war die Bewegung in Belarus auf eine andere Weise einzigartig: Es erfolgte eine umfassende Politisierung der Gesellschaft. Jede fünfte Person nahm an den Protesten gegen die manipulierten Präsidentschaftswahlen teil. Nachbarschaftsgemeinschaften organisierten sich. Selbst jetzt, während massiver Repressionen, sind diese immer noch auf niedrigem Niveau aktiv.

In der Folge veränderte sich die Gesellschaft. Umfragen zeigen, dass die Menschen solidarisch mit der Ukraine und gegen das Regime sind. Sie haben verstanden, dass sie Bürger mit politischen

Rechten sind. Trotz friedlicher Proteste, die 100 Tage andauerten, ist das Regime immer noch an der Macht. Die Menschen waren zum ersten Mal auf der Straße und haben verstanden, dass sie trotz aller Unterschiede als Gruppe gemeinsam kämpfen können. Es besteht auch die Einsicht, dass die Zivilgesellschaft nicht ausreichend organisiert war. In Bezug auf die Ukraine schämen sich die Belaruss:innen und fühlen sich schuldig für das, was geschieht.

Während sich die Gesellschaft veränderte, konnte das Regime seine Macht nur mit einem beispiellosen Maß an Gewalt und Unterdrückung aufrechterhalten. Seit 2021 hat sich die Situation dramatisch verändert: Belarus verschwand aus den internationalen Medien. Innerhalb des Landes ist keinerlei öffentliche Aktivität mehr möglich. Im Frühjahr 2024 wurden jeden Monat rund 300 Menschen zu schweren Strafen verurteilt, oft für geringfügige "Vergehen" wie das Drücken eines Like-Buttons in den sozialen Medien oder das Tragen ukrainischer Farben. Aktivist:innen wurden aus dem Land vertrieben, sie können ihre Pässe außerhalb des Landes nicht verlängern, müssen aber bei ihrer Rückkehr mit Verhaftung rechnen. Ihre Aktivitäten im Exil werden beobachtet und mit Drohungen gegen zurückgebliebene Familien beantwortet. Westliche Geldgeber haben oft unrealistische Erwartungen an das Ausmaß der Aktivität, die unter den gegenwärtigen Umständen möglich ist. Im Inneren des Landes werden die Menschen (z.B. Lehrer:innen) vom Geheimdienst streng kontrolliert, der auch systematisch Wohnblöcke nach Symbolen der Opposition durchkämmt.

Angesichts der aktuellen Situation spielt die Diaspora für beide Länder eine wichtige Rolle, wobei die belarussische Diaspora, wie oben beschrieben, in ihrem öffentlichen Aktivismus eingeschränkt ist. Was die Ukraine betrifft, so ist die Diaspora sehr aktiv bei der Mobilisierung von Unterstützung und der Bereitstellung von Hilfe – auch militärisch. In Österreich fungiert die ukrainische Kirche seit Beginn des Krieges als Zentrum des Widerstands. Unterschiede gibt es jedoch im Politisierungsgrad der Diaspora, der in Österreich im Vergleich zu z.B. Tschechien gering ist.

Schlussfolgerungen

Es gibt zu wenig Bewusstsein und Austausch über die Situation der (Zivil-)Gesellschaften in der Region:

Auf regionaler Ebene besteht zwischen den Ländern ein Bedarf an mehr Dialog und Verständnis für die aktuellen Realitäten – es ist zu wenig über die starke Rolle der Zivilgesellschaft in der Ukraine oder über die Unterstützung für diese innerhalb von Belarus bekannt – dies wäre notwendig, um die Zusammenarbeit gegen die gemeinsame Bedrohung durch Russland zu ermöglichen.

Auch in Österreich und anderen europäischen Ländern – selbst unter Kolleg:innen aus der Wissenschaft oder der Zivilgesellschaft – gibt es wenig Bewusstsein dafür, wie die Gesellschaften in Belarus und der Ukraine betroffen sind und wie sie mit der aktuellen Situation umgehen. Der Diskurs (der sich auf den Krieg gegen die Ukraine konzentriert) fokussiert auf die Aktivitäten der "hohen" Politik und nicht auf die Menschen vor Ort. Es besteht ein klarer Bedarf an Sensibilisierung, besserer Bildung, Kommunikation und Medienarbeit, um im Ausland ein besseres Verständnis dafür zu fördern, was auf dem Spiel steht.

Report verfasst von Gertraud Illmeier und Daniela Mussnig (IZ)

Co-funded by the European Union

österreichische gesellschaft für politische bildung

AK WIEN

Views and opinions expressed are however those of the author(s) only and do not necessarily reflect those of the European Union or other supporting institutions.